



Berliner Morgenzeitung



Morgenausgabe. Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Donnerstag, 25. September 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kassetext der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten für Manuskripte keine Verantwortung...
Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Verleger: Dr. H. G. Scholz, Berlin W 8, Kronenstr. 37
Schriftführer: Dr. H. G. Scholz, Berlin W 8, Kronenstr. 37
Schriftführer: Dr. H. G. Scholz, Berlin W 8, Kronenstr. 37
Schriftführer: Dr. H. G. Scholz, Berlin W 8, Kronenstr. 37

Calonder bleibt.

Das Demissionsgesuch zurückgezogen. Genf, 24. September. Der Vorsitzende der Gemäßigten Kommission für Oberösterreich, Calonder, hat seine Demission zurückgezogen. Calonder erklärte dem einmütigen Wunsch des Völkerverbundes, der in der letzten Woche in einem einmütigen Beschlusse in diesem Sinne auf den Völkerverbund einwirkte, dass er sich nicht entschließen könne, auf seinem Posten in Oberösterreich zu bleiben.

Die deutsche Melmelbeschwerde vor dem Völkerverbund.

Genf, 24. September. Der Völkerverbund hat heute nachmittag in einer geheimen Sitzung zu dem Antrag der deutschen Regierung, die Melmelbeschwerde auf die Kommission des Völkerverbundes zu legen, Stellung genommen. Er hat in dem Beschlusse, den die Vertreter Italiens, Frankreichs und Irlands, mit der Befürwortung der deutschen Beschwerde, dem Komitee gehören als Vertreter der beiden Parteien (Italien und Frankreich). Dr. Gaus und der italienische Staatsrat in Berlin an. Das Komitee hat die folgende Aufgabe, festzustellen, ob der deutsche Antrag in der vorliegenden Form für die Behandlung durch den Rat zulässig ist. Die Vertreter der Parteien beauftragt die Zulässigkeit und fügen ihre Gründe auf ein juristisches Gutachten vom 10. September 1930. Der deutsche Vertreter hat in der heutigen Sitzung des Rates nachgewiesen, daß die deutsche Beschwerde vollständig den Anforderungen des Statuts entspricht. Das Komitee hat sofort nach der Abstimmung zusammengetreten. Man erwartet, daß es seinen Bericht in kürzester Zeit dem Rat vorlegen wird.

Neue litauische Herausforderung.

Trotz Melmelbeschwerde Annahme der Gesetze zur Ausfertigung des Melmelstatuts. Rom, 24. September. Trotz der Genfer Verhandlungen über die Melmelbeschwerde hat die litauische Regierung, die die TU aus früherer Quelle erhielt, die schon lange geplanten Gesetze zur völligen Ausschaltung der Autonomie des Melmelgebietes nunmehr in endgültiger Fassung angenommen. Es handelt sich um die Gesetze zur Neuordnung des melmelischen Verwaltungsgebietes, die Einführung eines sogenannten Kompetenzgesetzes zur Entscheidung der Zuständigkeiten über Streitigkeiten zwischen Litauen und Litauen, die Erneuerung der litauischen Gouverneure in Melmel. In die Melmeländer in ihrer Beschwerde ausdrücklich darauf hingewiesen haben, daß die Ausfertigung des Melmelstatuts durch litauische Gesetze völkerrechtlich nichtig und nur geeignet ist, die Litauer der litauischen Wahlen in Rom zu auf das autonome Melmelgebiet zu übertragen. Es muß die Neuordnung der Gesetze durch die litauische Regierung als eine neue Herausforderung betrachtet werden, die umso dringender ist, da der Völkerverbund sich gerade mit ähnlichen Verhandlungen des Melmelstatuts beschäftigt.

Waffenlieferungen in Moskau.

Nach Mitteilungen aus Moskau sind 48 Militärlieferanten der kürzlich aufgegebenen (sowie fortgeführten) Organisation unter Führung des ehemaligen Generalarztes Nikolajew von der DOWI zum Tode verurteilt worden. Die Todesurteile wurden am Mittwoch morgen verkündet. Auch in Perm wurden vier Personen wegen angeblicher Schwächung der russischen Währung und Verstoßens gegen die Wertpapiergesetzgebung zum Tode verurteilt. Die Todesurteile wurden gleichfalls am Mittwoch verkündet.

„Keine Kompromisse mit sozialistischen Gedankengängen!“

Dr. Scholz wieder Fraktionsvorsitzender.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei

trat gestern zu ihrer ersten Sitzung nach der Wahl zu zusammen. Die Mitglieder der Fraktion waren fast vollständig erschienen; auch der Parteivorstand nahm an den Beratungen teil. Lieber Verlauf und Ergebnis berichtet die „Nationalliberale Korrespondenz“: „Gesamt Dr. Hasl begrüßte als Vizepräsident die neuen und alten Kollegen und erbat in Dankworten der ausgeschiedenen Mitglieder. Er machte dann den Vorschlag, den bisherigen Partei- und Fraktionsvorsitzenden, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, wieder zum Vorsitzenden der Fraktion zu wählen. Dieser Vorschlag ist so einstimmig angenommen worden, daß er keiner Begründung bedürftig. Dieser Antrag wurde einstimmig durch den Parteivorstand angenommen. Dr. Scholz, von der Fraktion freudig begrüßt, übernahm den Vorsitz mit Worten des Dankes an den Parteivorstand, mit besonderem Dank an die ausgeschiedenen Kollegen und mit einem herzlichen Gruß an die neu gewählten Fraktionsmitglieder. Der Vorschlag, die Fraktion um vertrauensvolle Unterstützung, ferner um Einigkeit und Geschlossenheit. Die Reichstagsfraktion darf sich als Gruppe fühlen, sondern muß stets ein geschlossenes Ganzes bestehen. Die Fraktion ist in allen Beziehungen lebhaft zu sein. Die einstimmige Wiederwahl des Fraktionsvorsitzenden wurde allgemein als die beste Antwort auf alle Anschuldigungen in der deutschen Presse über angebliche Differenzen in der Fraktion begrüßt. Nach längerer Aussprache folgte die Fraktion schließlich folgenden Beschlüssen: „Im Einverständnis mit dem Parteivorstand beschließt die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei völlige Freiheit der Entscheidung gegenüber den Maßnahmen der Regierung vor. Die Fraktion wird die Vorklagen des angeklagten Regierungsprogramms abwarten und das Programm daraufhin prüfen, ob es mit den von der Fraktion seit langer Zeit vertretenen Grundsätzen vereinbar ist. Die Fraktion ist der Ansicht, daß diese Grundsätze Kompromisse mit sozialistischen Gedankengängen für sie untragbar sind. — Die Fraktion hält an ihrem bisherigen Ziel der Befreiung aller staatsbesessenen Bürgerlichen Parteien fest.“

Mit der — an sich selbstverständlichen — Wiederwahl ihres bisherigen Vorsitzenden ist die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ihren offenen und heimlichen Feinden in ihrer letzten Wadsworthsicht und dem aus dieser Gegend wider Herrn Scholz angelegten Intrigen in der zweiten instanzlichen Phase entgegengetreten. Was den Beschluß der Fraktion betrifft, sich gegenüber den Maßnahmen der Regierung freie Hand zu wahren, ein Beschluß, der auf ein gewisses Abrücken von dem bisherigen Standpunkt hindeutet, so findet diese Distanzierung ihre Erklärung in dem nachfolgenden, wichtigsten Satz der Erklärung, worin von der Intrigantentat jedes Kompromisses mit sozialistischen Gedankengängen die Rede ist. Dieser Satz richtet sich sehr deutlich gegen die von dem linken Flügel der bisherigen Reichstagsfraktion ausgehenden Tendenzen, das in Vorbereitung befindliche neue Regierungsprogramm den Wünschen der Sozialdemokratie anzupassen. Die künftige Haltung der Deutschen Volkspartei wird damit bereits einigermaßen festgelegt. Denn schließlich muß es nur so lausig erscheinen, daß die Deutsche Volkspartei, nachdem sie sich so nachdrücklich gegen jedes soziale Kompromiss mit dem Marxismus ausgesprochen hat, es doch nicht weniger würde verurteilen können, wenn sie die Sozialdemokraten etwa politische Stufenfolgen machen wollte.

Endgültig geschlichtet!

Die französisch-italienischen Verhandlungen. Genf, 24. September.

In unterrichteten und maßgebenden italienischen Kreisen verläuft heute abend, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien über die Lotterfragen endgültig geschlichtet sind. Es heißt, daß in der letzten Phase der Verhandlungen die französischen Sachverständigen einen Vorschlag unterbreiteten, den die italienischen Sachverständigen abgelehnt hätten. Die Italiener hätten erklärt, daß sie in diesem Vorschlag keine Verhandlungsgrundlage mehr sähen und daß eine weitere Fortsetzung der Verhandlungen unzulässig sei. Das Scheitern der französisch-italienischen Verhandlungen wird nunmehr auch ein ausländischer italienischer Quelle zugegeben. Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ hat sich nach italienischer Zeitungsfrankreich einen konträren Vorschlag eingereicht, Frankreich sich aber darauf beschränkt habe, eine mündliche Antwort zu erteilen, die nicht als Gegenantrag habe angesehen werden können. Sehr bezeichnend ist die Bemerkung des „Giornale d'Italia“, man nehme immer mehr den Eindruck, daß England ein Interesse daran habe, in die Verhandlungen einzuschreiten, aber in negativem Sinne.

Ein weiterer Schritt zur Klärung der Verhandlungen.

Ein von der TU gestern abend verbreiteter Nachricht, daß das Kabinett bereits gestern die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 2 1/2 Prozent beschlossen habe, wird von zuständiger Stelle als unrichtig bezeichnet. Eine Entscheidung sei im Kabinett noch nicht gefaßt.

Rechts oder links?

Die Ruhe nach dem Sturz hat nicht lange angehalten. Das überraschende Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September hat in allen Kreisen, die mit der Politik zu tun haben, tiefe Bewegung und Bewegung hervorgerufen und hat in allen Parteien das Bewußtsein geweckt, daß man vor einer völlig neuen Lage steht — neu nicht nur in bezug auf die Größe der Parteien und die Zusammensetzung der Reichstagsfraktionen, sondern neu auch insofern, als die Wichtigkeit eines gründlichen Aufbaus der Reichstagsregierungen in größerer Nähe gerückt ist. Solche Erkenntnisse haben auch und gerade die Parteien, die in parlamentarischer Beziehung am konservativsten denken, nämlich die Parteien der Mitte und der Rechten, die in Ruhe kommen lassen. Sie haben den Beginn von Verhandlungen der Regierung mit den Parteien und die Eröffnung der neuen Reichstagsperiode herbeigeführt, um so früher als Sommer und möglichst im Wahlkampf zwischen den bürgerlichen Mitte und den Sozialdemokraten entgegenzutreten. Es handelt sich für diese Kreise um das große Ziel, trotz allem noch einmal die Linke zu sammeln und auf die Regierung zu verzeichnen. Denn der fähigste Sozialdemokrat Deutschlands, Otto Braun, erklärt, daß die inneren Triebkräfte der deutschen Reichsbewegung, wenn ihre Pläne in einem großen, freien Stromfeld zusammengefaßt werden, fast ganz von selbst zum Ziel führen werden. In dieser Erkenntnis hat Braun das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold angepasst an den Versuch, die Sozialdemokratie und die bürgerliche Linke wieder miteinander in tatsächliche und gemeinsinnige Beziehung zu bringen. Ohne Zweifel liegt der Versuch schon in den Reihen der Sozialdemokratie auf Widerstand. Auf der linken Hälfte dieser Partei hält man daran, die Sozialdemokratie wieder in die Regierung bringen wollen, entgegen, daß die erneute Verbindung der Partei mit der Verantwortung für den kommenden Winter für immer wegfallen kann. Hier wird glauken, daß die Frage des Regierungsentfalls aktuell wird, die Bildung Braun noch die Oberhand gewinnt. Selbstverständlich wird dann die notwendig machende Mühseligkeit auf die Einwürfe und die Opposition der Radikalsocialisten eine weitere Radikalisierung der sozialdemokratischen Regierungsmethoden mit sich bringen.

Das Reichskabinett

setzte gestern abend seine vertraulichen Beratungen über das neue „Einheitsrichtungsprogramm“ fort. Wenn es gelingt, die Beratungen heute zum Abschluß zu bringen, so ist es möglich, daß der Reichstagsantrag in seiner Endform, die er am Freitag auf der Jubiläumstagung des Reiches im Landtag in Dresden hält, die wichtigsten Einzelheiten der von Kabinett beschlossenen Gesetzesentwürfen mitteilen wird.

Das Reichskabinett

setzte gestern abend seine vertraulichen Beratungen über das neue „Einheitsrichtungsprogramm“ fort. Wenn es gelingt, die Beratungen heute zum Abschluß zu bringen, so ist es möglich, daß der Reichstagsantrag in seiner Endform, die er am Freitag auf der Jubiläumstagung des Reiches im Landtag in Dresden hält, die wichtigsten Einzelheiten der von Kabinett beschlossenen Gesetzesentwürfen mitteilen wird.

Das Reichskabinett

setzte gestern abend seine vertraulichen Beratungen über das neue „Einheitsrichtungsprogramm“ fort. Wenn es gelingt, die Beratungen heute zum Abschluß zu bringen, so ist es möglich, daß der Reichstagsantrag in seiner Endform, die er am Freitag auf der Jubiläumstagung des Reiches im Landtag in Dresden hält, die wichtigsten Einzelheiten der von Kabinett beschlossenen Gesetzesentwürfen mitteilen wird.

Das Reichskabinett

setzte gestern abend seine vertraulichen Beratungen über das neue „Einheitsrichtungsprogramm“ fort. Wenn es gelingt, die Beratungen heute zum Abschluß zu bringen, so ist es möglich, daß der Reichstagsantrag in seiner Endform, die er am Freitag auf der Jubiläumstagung des Reiches im Landtag in Dresden hält, die wichtigsten Einzelheiten der von Kabinett beschlossenen Gesetzesentwürfen mitteilen wird.

Das Reichskabinett

setzte gestern abend seine vertraulichen Beratungen über das neue „Einheitsrichtungsprogramm“ fort. Wenn es gelingt, die Beratungen heute zum Abschluß zu bringen, so ist es möglich, daß der Reichstagsantrag in seiner Endform, die er am Freitag auf der Jubiläumstagung des Reiches im Landtag in Dresden hält, die wichtigsten Einzelheiten der von Kabinett beschlossenen Gesetzesentwürfen mitteilen wird.

Das Reichskabinett

setzte gestern abend seine vertraulichen Beratungen über das neue „Einheitsrichtungsprogramm“ fort. Wenn es gelingt, die Beratungen heute zum Abschluß zu bringen, so ist es möglich, daß der Reichstagsantrag in seiner Endform, die er am Freitag auf der Jubiläumstagung des Reiches im Landtag in Dresden hält, die wichtigsten Einzelheiten der von Kabinett beschlossenen Gesetzesentwürfen mitteilen wird.